

A N T R A G

CDU-Fraktion

Gegenstand:

Notfallplanung zur Asylbewerberunterbringung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

unverzüglich Vorsorge für die zu erwartende deutliche Steigerung der Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen zu treffen. Dazu sind:

1. weitere Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber und Flüchtlinge vorzubereiten. Dabei sind vor allem mobile Raumeinheiten - auch auf Vorrat - zu beschaffen.
2. sich zumindest vorläufig, auf eine zentrale Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu konzentrieren.
3. geeignete Liegenschaften (Kapazität bis zu 500 Plätze) zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu identifizieren, Erwerbs- und Sanierungskosten so weit wie möglich zu ermitteln und dem Stadtrat schnellstmöglich zur Entscheidung vorzulegen.
4. Kostenschätzungen für den Neubau von Unterbringungseinrichtungen (Kapazität bis zu 500 Plätze) zu erarbeiten.
5. abweichend zum Beschlusspunkt 3 des Beschlusses V0025/14, im Laufe der Jahre 2015/2016 frei werdenden Mittel (beispielsweise durch Zusatzeinnahmen, Minderausgaben, strukturelle Einsparungen) vorrangig bzw. nach jeweiliger Dringlichkeit zur Sicherstellung der Punkte 1 bis 4 dieses Beschlusses zu verwenden.
6. die absehbaren Herausforderungen und entsprechende Lösungsvorschläge auf einer zentralen Bürgerversammlung vorzustellen.

Beratungsfolge

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin		nicht öffentlich	zur Information
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)		nicht öffentlich	beratend
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Die Einreisezahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen nach Deutschland haben erneut die ohnehin hohen Prognosen übertroffen. Die derzeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften des Freistaats untergebrachten Personen werden in spätestens drei Monaten auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Nach derzeitigem Prognosestand muss damit gerechnet werden, dass in diesem Jahr ca. 4.000 Asylbewerber und Flüchtlinge in Dresden neu unterzubringen sein werden. Es ist bereits jetzt absehbar, dass die derzeitigen und auch die Ende 2014 beschlossenen Unterbringungskapazitäten der Landeshauptstadt Dresden dann an ihre Grenzen stoßen werden. Witterungstechnisch sind Zelte zu diesem Zeitpunkt keine ernsthafte Option einer angemessenen Unterbringung mehr. Es ist aber auch zwingend zu vermeiden, dass bspw. Sporthallen zur Notunterbringung zweckentfremdet werden, schon um den bloßen Anschein zu vermeiden, Abwägungen zwischen unseren Kindern und Asylbewerbern und Flüchtlingen vorzunehmen.

Gleichzeitig ist überall in Deutschland zu verzeichnen, dass sich die Beschaffung mobiler Raumeinheiten immer schwieriger gestaltet. Es ist weder absehbar, dass sich dies in kurzer Zeit ändert, noch dass die Einreisezahlen sinken werden.

Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, um nicht in wenigen Monaten vor dann nicht mehr lösbaren Aufgaben zu stehen.

Jan Donhauser
Fraktionsvorsitzender